



# BKE Inside

## Bundestagswahl 2017

20.09.2017

### Editorial

Ihr wisst noch nicht was Ihr wählen wollt ?

Wir wissen es auch noch nicht!

Die Gruppe der unentschiedenen Wähler ist leider noch groß und die Bundestagswahl rückt immer näher.

Um euch einen ersten Eindruck zu vermitteln, haben wir uns für euch sechs Parteien, die zur Bundestagswahl antreten, näher angesehen. Auf folgenden Seiten findet ihr reichlich Informationen über die Parteien - CDU, SPD, Die Linke, FDP, Die Grünen und die AFD.

Mit fünf der sechs Parteien ist es uns gelungen einen Interviewtermin zu vereinbaren. Aus diesem Grund kann die Textlänge der unterschiedlichen Parteien variieren.

Wir hoffen das wir euch bei eurer Entscheidung ein Stück weiterhelfen können.

Wir der PR- Kurs haben uns viel Mühe bei der Ausarbeitung der einzelnen Parteien gegeben.

Viel Spaß beim Wählen !

### Mitarbeiter dieser Ausgabe



Frischer Schwung.  
Neue Kraft.

CDU

„Jugendliche müssen die Möglichkeit erhalten, genau den Beruf ausüben zu können, den sie würden“  
- Wolfgang Bosbach

### Wahlkampf der CDU

Montag Abend 19:30 im Bayer Kasino in Leverkusen: Nach ein paar einleitenden Worten des Kreisvorsitzenden Frank Schönberger betritt Helmut Nowak die Bühne. Nachdem weitere 30 Minuten vergangen sind, in denen Herr Nowak uns leider

nicht vollkommen fesseln konnte, betrat, zu unserer Freude, endlich der Mann den Raum auf den wir gewartet hatten. Wolfgang Bosbach, braucht nicht viele Worte, um selbst jungen Menschen Politik schmackhaft zu machen. Seine offene

und ehrliche Art, kombiniert er geschickt damit, wichtige Themen in einer einfachen und lockeren Art auszudrücken. Somit schafft er es einen, selbst bei den uninteressantesten Themen, in seinen Bann zu ziehen.

### Bildung nach der CDU

In ihrem Wahlprogramm betont die CDU zwei Punkte, die uns besonders wichtig erscheinen. Zum einen die Stärkung der beruflichen Bildung, um mehr und neue Aufstiegschancen für moti-

vierte Menschen, ohne Abitur oder Studium, zu ermöglichen. Zum anderen der Versuch, durch Beratung, passgenaue Unterstützungsangebote als auch durch Qualifizierungen die beruf-

liche Bildung attraktiver zu machen. Für alle die trotzdem noch studieren möchten, sollen Universitäten und Fachhochschulen digital innovativer gestaltet werden.

### Bildung nach Bosbach

Nowak sprach in seiner Rede davon, dass man Armut nicht verhindern kann, indem man den Armen Mittel gibt, die man den Reichen weggenommen hat. Dies hat

Herr Bosbach damit belegt, dass über die Umverteilung im Steuerrecht bereits 50% der Einkommenssteuer von den oberen 10% der Verdiener erwirtschaftet werden. Da

eine Umverteilung im Steuerrecht allerdings keinen Einfluss auf die Löhne nehmen darf, sondern der Staat die Löhne reguliert, haben wir uns gefragt:

Wie sollen junge Leute motiviert werden auch „simple“ Berufe auszuüben, wenn sie dort nicht ausreichend verdienen? Laut Herrn Bosbach müssen Löhnen auf jeden Fall angehoben werden, um auch zukünftig qualifizierte Fachkräfte finden zu können. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, genau den Beruf ausüben zu können, den sie gerne ausüben möchten, ohne Abstriche bezüglich ihrer Lebensqualität machen zu müssen. Löhne kön-

nen allerdings nur durch Tarifverhandlungen gesteigert werden. Der Staat selber hat lediglich im öffentlichen Dienst die Möglichkeit auf die Löhne Einfluss zu nehmen. Der Bund kann nur hoffen, dass bei den Tarifverhandlungen Vereinbarungen getroffen werden, die den „einfachen“ Arbeitern zugute kommen. Wolfgang Bosbach betont jedoch auch noch mal den Zwang nach oben streben zu wollen. Er selber hat beispielsweise mit einer Ausbildung zum Einzel-

handelskaufmann begonnen und sich zum staatlich geprüften Betriebswirt hochgearbeitet. Den Weg dort hin kann man den Jugendlichen allerdings nicht viel einfacher gestalten, denn Schulen sind Ländersache. Der Bund kann den Schulen lediglich finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die jedoch von den Ländern auch abgerufen werden müssen.

„Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist in den vergangenen Jahren stetig und deutlich gestiegen“  
- CDU Wahlprogramm

## Sozialer Wohnungsbau nach der CDU

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist in den vergangenen Jahren stetig und deutlich gestiegen. Daraus resultierend möchte die CDU den öffentlichen und privaten Wohnungsbau fördern, indem dieser nicht zusätzlich versteuert, stattdessen sogar steuerlich unterstützt werden soll. Dies bezieht sich zu einem großen Teil auf die Schaffung von studentischem Wohnraum.

Darüber hinaus soll das System des Wohngelds überarbeitet und verbessert werden, um vor allem junge Menschen bei ihrem Start ins selbstständige Leben bestmöglich unterstützen zu können. Darüber hinaus sollen Familien mit Kindern gefördert werden, Immobilien zu kaufen oder selber zu bauen, indem an jedes Kind, zehn Jahre lang, ein Baukin-

dergeld in der Höhe von 1.200 € jährlich ausgezahlt wird. Bezüglich der Grunderwerbssteuer will die CDU Freibeträge für Erwachsene und Kinder einführen. Weitere Ideen sollen auf dem „Wohnungsgipfel“ von Bund, Ländern, Gemeinden und Bau- und Immobilienwirtschaft besprochen werden.

## Sozialer Wohnungsbau nach Bosbach

Jeder Schüler, Auszubildende oder Student hat sicherlich bereits die Erfahrung gemacht, dass es in Köln fast unmöglich ist eine schöne Wohnung zu finden, selbst wenn man Wohngeld bezieht. Doch wie will der Bund es Jugendlichen einfacher machen auf eigenen Beinen stehen zu können? Laut Bosbach liegt das Hauptproblem in den Kosten des Bauens. Bauen wurde durch Brandschutz- und Energieeinsparungsmaßnahmen immer

teurer. Dadurch steigen auch die Mietpreise. Um dem entgegen zu wirken müssen die Länder Baumaßnahmen durch öffentliche Mittel unterstützen, vor allem im Hinblick auf Sozialen Wohnungsbau. Diese Mittel wurden jedoch bisher nie komplett von den Ländern beansprucht. Darüber hinaus müssen die Länder mehr realisierbare Baupläne erstellen (Baugrundstücke auffindig machen, aber auch Konflikte mit Umweltschützern sinnvoll lösen). Der Druck auf die Länder und Kommunen bezüglich feh-

lendem Wohnraum, besonders im Bezug auf Sozialen Wohnraum, stieg allerdings erst so rapide, durch die hohe Nachfrage durch Flüchtlinge. „Der Bund will mehr Geld für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen, aber er kann nicht für die Länder bauen“, so Bosbach. Auch hier gilt jedoch, dass man nicht jedem eine schöne und günstige Wohnung gewährleisten kann, denn wer einen Wohnberechtigungsschein erhält, hängt von der Bedürftigkeit des Einzelnen ab.

„Der Bund kann mehr Geld zu Verfügung stellen, aber die Länder müssen selber bauen“  
- Wolfgang Bosbach

## Unser Feedback !!



Alles in allem haben wir festgestellt, dass die CDU mit Ihrem Plänen durchaus gute Ideen vertritt. Vor allem im Hinblick auf das Bildungssystem und den Sozialen Wohnungsbau ist uns allerdings noch einmal klar gemacht worden, wie wenig Einfluss der Bund hat. Der Bund stellt die Mittel zur Verfügung und kann vielleicht auch Ideen weitergeben. Wie diese

in den Ländern, oder auf kommunaler Ebene, genutzt werden, darauf hat der Bund keinen Einfluss. Hierbei sollte sich unserer Meinung nach einiges ändern, denn was nutzt es uns Jugendlichen, oder jungen Erwachsenen, den Bundestag zu wählen, wenn sich in unserem Zuhause und Alltag zu wenig ändert?



# Sozialdemokratische Partei Deutschland

Die erste Gründung fand 1863 unter dem Namen ADAV statt. Nach der Auflösung hießen Sie bei der zweiten Gründung 1869 SDAP. 1875 war die endgültige Wiedervereinigung der Partei unter dem Namen SPD. Oskar Lafontaine war bis 2005 bei der SPD. Als Kritiker des rot-grünen Regierungskurses, gründete er 2005 mit einem Bündnis der PDS die Linkspartei.



Martin Schulz, SPD Vorsitzender, Kanzlerkandidat

Die Ziele der Partei befassen sich mit einer gerechten Aufteilung der Familienarbeitszeit. Eine gute Betreuung in Kita, Hort und Ganztagschulen sollen dies unterstützen. Sie wollen beispielsweise mehr Unterstützung für Familien. Die Kitagebühren sollen abgeschafft werden. Sie möchten Bildung gebührenfrei machen – von der Ausbildung und dem Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.

Für sichere Arbeitsplätze möchten Sie die sachgrundlose Befristung abschaffen. Gleicher Lohn für

Männer und Frauen sollten uneingeschränkt für die gleiche Tätigkeit den gleichen Lohn bekommen.

Die SPD ist dafür, das Renteneintrittsalter nicht weiter zu erhöhen und das Rentenniveau stabil zu halten.

Sie setzen sich stark für eine Mietpreisbremse ein, dass in den Metropolen wie Berlin oder Köln die Mieten bezahlbar bleiben.

Außerdem möchten Sie für mehr Sicherheit 15.000 neue Stellen bei der Polizei einrichten.

Die SPD lehnt eine Erhöhung der Rüstungsausgaben ab. Stattdessen möchten Sie eine Abrüstungsinitiative starten und den Export von Kleinwaffen außerhalb der EU untersagen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die SPD sich als Arbeiterpartei versteht und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung nicht aus den Augen verlieren möchte.

# Sozialdemokratische Partei Deutschland

Deutscher Mediziner und Politiker und seit 2005 Mitglied des deutschen Bundestages



Karl Wilhelm Lauterbach (\*21.02.1963 in Düren)

**Frage 1:** Es ist bekannt, dass Pflegekräfte deutlich unterbezahlt sind. Für ihre körperliche Arbeit wäre eine Lohnerhöhung schon seit langem fällig. Wie viel % Gehalt würden die Pflegekräfte ihrer Meinung nach mehr bekommen?

**Lauterbach:** Ich würde dafür plädieren, dass Pflegekräfte mindestens 30 % mehr bekommen sollten.

**Frage 2:** Zudem klagt die Pflegebranche über Nachwuchsmangel. Wie kann man den Beruf für junge Erwachsene attraktiver machen?

**Lauterbach:** Menschen, die in Gesundheits-, Pflege-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik, durch die soziale Dienstleistungen gestärkt werden. Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Denn die öffentliche Hand legt Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung fest. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal.

**Frage 3:** In Zeitungen liest man immer mehr über die Verschmutzung durch Feinstaub, besonders am Clevischen Ring. Welche Bedeutung haben Lärm, Abgase und vor allem Feinstaub für die Gesundheit der Menschen im Stadtgebiet?

**Lauterbach:** Lärm, Abgase und Feinstaub führen zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei den Betroffenen. Eine aktuelle Studie der Harvard Universität hat ergeben,

# Sozialdemokratische Partei Deutschland

dass die aktuellen Grenzwerte deutlich zu hoch sind. Allein die Feinstaubbelastung in Mülheim führt auf der Grundlage dieser Studie jährlich zu ca. 100 - 150 Todesfällen.

**Frage 4:** Wir haben erfahren, dass Sie die Schließung der ARGE in Köln Mülheim kritisieren. Warum ist eine Offenhaltung so bedeutsam?

**Lauterbach:** Weil ich der Auffassung bin, dass die Menschen hier ein Recht auf eine wohnortnahe Betreuung durch die ARGE haben.

**Frage 5:** In den Medien wird viel von der schwierigen Integration der Flüchtlinge in Deutschland berichtet. Was können wir tun, damit Flüchtlinge und Asylsuchende an unserer Gesellschaft teilhaben?

**Lauterbach:** Deutschland steht vor einer doppelten Integrationsherausforderung: die Integration der Einwanderer und Flüchtlinge stärken und gleichzeitig den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft sichern und stärken. Wir wollen dafür die Voraussetzungen schaffen und vor allem in Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Gesundheit investieren.

Frühe Förderung ist für bessere Teilhabechancen besonders wichtig. Die Integrationsarbeit muss schon in der Erstaufnahme beginnen. Integration ist ein auch Prozess, der auf Gegenseitigkeit beruht. Wir setzen nicht nur auf die Integrationsbereitschaft der Eingewanderten und ihren Willen, gemeinsam mit uns in einer Gesellschaft zu leben. Wir fordern diese Bereitschaft auch ein.

**Frage 6:** Durch die Flüchtlingswelle haben sich verschiedene negative Probleme in der Gesellschaft gezeigt, jedoch auch positive Erfahrungen im Sinne von der stetigen Bemühungen der Flüchtlinge. Wie stehen Sie dazu den Flüchtlingsstrom zu stoppen?

**Lauterbach:** Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und eine systematisch gesteuerte Zuwanderung erfordert endlich ein Einwanderungsgesetz. Das muss klar sagen, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht. Und wir müssen auf eine faire Verteilung von Flüchtlingen auf ganz Europa dringen.

# Sozialdemokratische Partei Deutschland

**Frage 7:** Auf einem Plakat von Martin Schulz, wird betont das Berlin mehr rheinländischen Einfluss in der Politik gebrauchen könnte. Welche Akzente würden Sie als Kölner Abgeordneter für unsere Stadt setzen?

**Lauterbach:** Die Zweiklassen-Medizin muss beendet werden und die Bürgerversicherung endlich kommen. Und das Leben in der Stadt muss gesünder werden. Feinstaub, Lärm und Dauerstau müssen bekämpft werden. Hin zu einer Infrastruktur, die Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung nimmt.



**Unser Fazit:** Die Aussagen von Herrn Lauterbach, waren sehr verständlich. Wir bedanken uns bei Herrn Prof. Lauterbach für seine Zeit.

## FDP - Die Freien Demokraten

Die Freie Demokratische Partei ist eine liberale Partei in Deutschland, welche im politischen Spektrum in der Mitte bis rechts der Mitte steht.

Sie wurde am 12. Dezember 1948 gegründet.

Der inhaltliche

Grundgedanke der FDP ist der Liberalismus, den sie seit jeher traditionell in Deutschland vertreten hat. Ihr fundamentales Ideal besteht somit in der Freiheit des Menschen, insbesondere vor staatlicher Gewalt.

Der für die Wahl am 24. September 2017 aufgestellte Kandidat

ist Christian Lindner. Ihre Hauptthemen im Wahlkampf stellen sich aus Innere Sicherheit, Reformierung des Bildungssystems, Digitalpolitik und einem flexibleren Renteneintritt ab 60 zusammen.

Freie Demokraten  
FDP Köln



### Dr. Rolf Albach

Dr. Rolf Albach wurde 1963 in Bonn geboren.

Seit 1983 ist er in der FDP aktiv - so unter anderem als stv. Kreisvorsitzender im Landkreis München und Vorsitzender des Ortsverbandes Ismaning. Rolf Albach leitete von 1988 bis 1998 den Bundesarbeitskreis Umwelt der Jungen

Liberalen. Politische Schwerpunkte sind die Abfallwirtschafts-, die Technologie- und die Energiepolitik sowie der Naturschutz. Seit 2011 ist er Vorsitzender FDP-Stadtbezirksverbandes Mülheim.

Aus gegebenem Anlass der Bundtagswahl, nahm sich Dr. Rolf Albach Zeit für unsere Fragen...

### Das Interview

#### Was sind die Ziele der FDP anlässlich der Wahlen 2017?

„Unser Augenmerk liegt hauptsächlich darauf, erst mal wieder in den Bundestag einziehen zu können.“

#### Wofür steht die FDP?

„Das meist verbreitete Image, die FDP würde sich nur für die gehobene Klasse einsetzen, wollen wir loswerden, da wir in der Vergangenheit einen Fehler



gemacht haben den wir uns auch eingestehen. Deshalb stellen wir nun die Forschung in den Vordergrund und schauen auf jedes Individuum, nicht auf Gruppen.“

#### Ein besonders vorgehobenes Wahlthema ist die Bildung.

#### Wie wollen Sie das Bildungssystem reformieren?

„Die Erziehung Jugendlicher endet mit 18 Jahren. Ab dann sind Sie eigenverantwortlich für ihr Leben. Bildung ist die Grundvoraussetzung hierfür.“

Jedes Bundesland soll weiterhin verantwortlich für das Bildungssystem sein, jedoch setzen wir uns für mehr Vergleichbarkeit untereinander ein. Dennoch soll an G8 festgehalten werden, da man so die Möglichkeit hat, beispielsweise das gewonnene Jahr im Ausland zu nutzen.“

#### Wie wollen Sie zukünftig mit dem Thema Flüchtlinge umgehen?

„Man muss unterteilen in „Kriegsflüchtling“, „persönlich verfolgte“ und „Immigranten“.

Generell geht man

davon aus, dass die Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren werden. Allerdings muss bis dahin dafür gesorgt werden, dass Sie sich angemessen integrieren können. Sie müssen dementsprechende Bildung bekommen, damit die nötigen Sprach- und Kulturkenntnisse vermittelt werden können.“

#### Flexible Renten ab 60?

„Nicht jeder soll mit 60 in Rente gehen. Dies soll vor allem für die Arbeiter gelten, die schon früh, unmittelbar nach der Schule, in die Lehre gehen, von Beginn an in die Rentenkasse einzahlen und zusätzlich selbst vorgesorgt haben. Sie können ab 60 dann selbst entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen.“

#### Was wollen Sie mit der Aufstockung der Polizei bezwecken?

„Das Wichtigste ist, dass erst mal mehr Polizisten da sind. Sie müssen einfach nur in Volksnähe sein, da sein, wo Menschen sind. Wir wollen keine Überwachung der Bürger. Die Polizei muss den Gefährdeten auf den

Füßen stehen, und zwar ständig auch in Zusammenarbeit unter den Ländern.“

#### Wieso setzen Sie sich besonders für die Digitalisierung ein?

„Das Arbeiten in/ der virtuellen Welt rückt immer weiter in den Fokus. Daher muss der Staat die Glasfasernetze in allen Gebieten so ausbauen, dass es möglich ist, einen Großteil der Arbeit bereits auf dem Arbeitsweg oder von Zu Hause zu erledigen. Dies würde auch den Verkehr vor allem zu den Stoßzeiten entlasten.“

#### Wie stehen Sie zu Trump, Erdogan, Kim Jong Um oder Putin? Wie wollen Sie den Konflikt entschärfen?

„Wir setzen auf Friedensbildende Maßnahmen, d.h. Kooperation, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Investitionen und Hilfen vor Ort. Wir unterstützen auch die Bundeswehr und lehnen es auch nicht ab, sie „wenn nötig, einzusetzen.“

Freie Demokraten  
FDP Köln



# Die Grünen

Die Grünen (oder auch Bündnis 90 oder B'90/Grüne genannt) wurden am 12./13. Januar 1980 in Karlsruhe gegründet und setzen sich zusammen aus den ehemaligen Parteien „Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung“, die „Neuen sozialen Bewegungen“, der „Friedensbewegung“ und den „Neuen Linken“ der 1970er Jahre.

Bei der Bundestagswahl 1983 gelang den Grünen der Einzug in den Bundestag von 1985 bis 1987. Nach der Wiedervereinigung scheiterten die westdeutschen Grünen bei der Bundestagswahl 1990 an der Das wichtigste Thema des Wahlprogrammes der Grünen ist der Umweltschutz.

Die Partei steht für freie Selbstentfal-

lung und eine Mindestrente sowie Bürgerversicherung.

Das Motto der Grünen lautet: „Zukunft wird aus Mut gemacht“.

Die Grünen haben einen Zehn-Punkte Plan erstellt. Sie wollen den Klimaschutz voranbringen, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen, die Landwirtschaft nachhaltig machen, Europa zusammenführen, die Familien stärken, soziale Sicherheit schaffen, Integration zum Erfolg führen, die Liebenden heiraten lassen, die Freiheit sichern und die Fluchtursachen bekämpfen.

Anlässlich der Bundestagswahl am 24.09.2017 haben wir

ein Interview zum Wahlprogramm der Grünen mit Katharina Dröge durchgeführt:

**Wir kommen aus dem Berufskolleg Ehrenfeld und machen eine Ausbildung zur Hotelfachfrau. Jedes Jahr wählen wir einen neuen Differenzierungskurs - dieses Jahr haben wir uns für den Kurs „Public Relations“ entschieden und sollen, anlässlich der Bundestagswahl, ein Interview mit einer Partei unserer Wahl zu führen. Wir haben uns für die Grünen entschieden, weil wir das Programm am interessantesten finden und wir noch nicht so viel von dieser Partei wissen. Daher möchten wir zuerst wissen, wieso Sie überhaupt Politikerin werden wollten, wie Sie auf darauf kamen.**

*Ich habe nicht mit der Politik angefangen, um Politikerin zu wer-*

*den. Ich war ziemlich jung, 14 oder 15, als ich merkte, dass ich in dem kleinen Dorf, aus dem ich komme, etwas ändern wollte. Damals wollte ich eine Organisation gründen, die ähnlich wie Greenpeace ist. Damals war ich allerdings noch nicht alt genug und habe mich deshalb mit ein paar Freunden zu einer kleinen privaten Jugendorganisation zusammengeschlossen. Irgendwann zogen diese aber weg und ich schrieb eine E-Mail an den Landesverband, ob man dort mitmachen könnte. Die antworteten mir dann, dass sie in zwei Wochen in Köln seien und ich vorbeikommen sollte. So bin ich dann*



*dann irgendwie immer dabei geblieben. Ich habe dann, weil ich auch weiterhin etwas in Richtung Umweltschutz tun wollte, angefangen, Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Nach dem Studium habe ich dann im Umweltministerium gearbeitet und war zuständig für den Kontakt im Parlament. Und da habe ich gemerkt, dass mir das Spaß macht.*

**Wie Sie wissen, gibt es im Leben nicht nur positive Aspekte. Welche negativen Aspekte können Sie uns über ihre Arbeit als Politikerin nennen?**

*Schwierig ist, dass ich zur Hälfte in Berlin und zur Hälfte in Köln wohne. Immer, wenn der Bundestag sich trifft, muss ich in Berlin und in den anderen Wochen muss ich in Köln sein. Dazu habe ich dann noch kleine Kinder, mit denen ich immer zusammen zwischen Köln und Berlin pendeln muss. Und das ist, wenn man Familie hat, nicht einfach. Zudem hat man dann zwischendurch auch immer großes Heimweh, wenn der eine Teil der Familie, in dem Fall mein Mann, nicht mitkommen kann. Das zweite große Thema ist, dass man sehr viel in der Öffentlichkeit steht. Gerade in sozialen Netzwerken bekomme ich auch einige böartige Kommentare von anderen.*

*Sei es, weil ich eine Frau bin, für die Grünen einstehe oder mich gegen Rechtsextremismus äußere.*

**Jetzt zwei Fragen dazu: die Kinder müssen doch auch zur Schule - wie machen Sie das? Gehen Ihre Kinder denn zur Schule?**

*Die sind noch so klein - die gehen noch gar nicht zur Schule. Deswegen können die auch noch mitkommen. Aber sobald die in die Schule gehen, geht das natürlich nicht mehr.*

**Und die zweite Frage zu diesem Thema ist, ob sie, wenn sie privat einkaufen gehen, angesprochen werden. Werden Sie dann nett oder ziemlich böartig angesprochen?**

*Außerhalb der Wahlkampfzeiten erkennen mich viele eigentlich nicht. Es ist schon ein Unterschied, wenn die Plakate hier z.B. in Ehrenfeld hängen, und ich dann durch die Straßen laufe, dann werde ich schon ab und zu mal erkannt oder schauen mich an, weil sie nicht sicher sind, woher sie mich kennen. Manchmal werde ich nett angesprochen aber es gibt auch andere Situationen. Einmal bin ich Fahrstuhl gefahren und da war dann ein älterer Herr, der mir sagte: "Dort hinten liegt der Gürtel. Der wird seit Jahren nicht ausge-*

*baut und das verhindern die Grünen!"*

**Das ist ja nicht gerade freundlich.**

*Ja, das stimmt.*

**Sie haben jetzt von einem älteren Herren gesprochen, aber die möchten Sie ja sicherlich nicht nur mit ihrem Wahlprogramm ansprechen. Wieso sollten denn die Jugendlichen die Grünen wählen? Denn eigentlich interessieren die sich weniger für die Umwelt.**

*Ich glaube, dass das Thema Umwelt sehr wichtig für die Jugendlichen ist, da z.B. der Klimawandel den jungen Menschen schon sehr real erscheint. Spätestens unsere, oder eure Kinder,*

werden diesen erleben. Zum Beispiel haben wir in Afrika eine riesen Wasserknappheit, die auch mit dem Klimawandel zusammenhängt. Irgendwann wird es dort gar kein Wasser mehr geben und die Menschen fliehen zu uns nach Europa. Oder der Hurrikan „Maria, der die Karibikinseln bedroht, hängt auch mit dem Klimawandel zusammen. Wir in Deutschland kennen etwas wie Hurrikans nicht. Für uns ist das nur sehr schwer vorstellbar. Das kann auch alles hier zunehmen und das beschäftigt eher die Jugend von heute, die zukünftigen Erwachsenen, die davon betroffen sein werden. Irgendwann werden die jüngeren merken, dass das ein sehr wichtiges Thema ist. Zudem sind wir eine sehr junge Partei, was ebenfalls die jüngere Generation sehr anspricht.

**Wenn Sie die Wahl gewinnen würden - wann würden Sie den 10-**

### **Punkte-Plan letztendlich umsetzen?**

*Die zehn Punkte, die auf unserem Plan stehen, sind die, die wir am wichtigsten finden.*

*Wenn sich diese Punkte nicht in irgendeiner Form verbessern, dann gibt es für uns keine Regierung mehr. Dann hätten wir wiederum aber auch vier Jahre Zeit, um diesen Plan abzuarbeiten. Es ist ja nicht so, dass wir alles im ersten Jahr verbessern können. Manche Ziele haben wir uns aber auch erst für 2030 gesetzt, die wir in diesen vier Jahren gar nicht umsetzen können.*

**Das waren von unserer Seite die Fragen, die uns am meisten interessiert haben. Aus diesem Grund bedanken wir uns für Ihre Zeit!**

*Na dann, gerne!*



# DIE LINKE

## D I E L I N K E

DIE LINKE ist eine linksorientierte politische Partei, die einen demokratischen Sozialismus anstrebt. Sie steht für Alternativen und eine bessere Zukunft. Sie besteht als solche seit 2007 in der BRD und ist aus dem Zusammenschluss der Linkspartei PDS mit der

WASG entstanden. Ganz nach dem Motto „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“ stellen sie Ihr neues Wahlprogramm vor. In Ihrem aktuellen Wahlprogramm strebt DIE LINKE insbesondere soziale Gerechtigkeit an. Das Hartz IV Sys-

tem soll abgeschafft werden und die Renten sollen erhöht werden. Weitere Programmpunkte sind die Abschaffung des Zweiklassensystems der Krankenkassen und eine gerechtere Bezahlung der Arbeitnehmer.

In dem Wahlprogramm der Partei „die Linke“ werden gute Punkte dargestellt, die ethisch und moralisch wertvoll sind. Ein Interview mit der Bundestagskandidatin Frau Guldane Tokyürek kam nicht zustande, nichts desto trotz haben wir die aus unserer Sicht relevantesten Fragen unten aufgeführt.

Es kommen uns jedoch Zweifel bei der Verwirklichung auf. Insbesondere interessiert uns der Gedankengang zur Finanzierung dieser kostspieligen Projekte.

Des weiteren will die Partei Hartz IV abschaffen und sich für Grundversicherung von 1050,00 Euro einsetzen. Die Renten sollen ebenfalls auf 1050,00 Euro erhöht werden unsere Frage ist was passiert mit dem anteiligen Steuersatz und wie soll dieser finanziert werden ?

Ein weiteres Ziel des Wahlprogramms ist ein kostenloses, ganztägiges Betreuungsangebot für Kinder und die Erhöhung des Kindergeldes auf 328,00€ pro Monat. Auch hier stellt sich für uns die Frage wovon dies finanziert werden soll ?

Woher kommt das Geld für die sozialen Einrichtungen und Wohnungen und wie möchte die Partei sinkende Wohnkosten bei steigenden Lebensunterhaltskosten gewährleisten ?

Warum will die Linke Mini-Jobs abschaffen ? Was machen dann Studenten, die sich neben bei etwas verdienen möchten ohne einen hohen Steuersatz zu zahlen ?

Unter anderem ist uns aufgefallen das sie die einzige Partei sind



# Sahra Wagenknecht

Partei:	Die Linke
Geboren:	16.07.1969 (48 Jahre)
Geburtsland:	Deutschland (Jena)
Amt:	Mitglied des dt. Bundestages seit 2009
Ehepartner:	Ralph T. Niemeyer (Verheiratet 1997-2013) Oskar Lafontaine (verheiratet seit 2014)
Sonstiges:	Autorin

Sarah Wagenknecht ist eine Deutsche Volkswirtin, Publizistin und Politikerin.

## Zeitleiste :

September 2002:	Abgeordnete im Deutschen Bundestag.
2004-2009:	Mandatsträgerin im Europäischem Parlament
2011:	Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion
2010-2014:	Stellvertretende Parteivorsitzende der Linke
2015:	Oppositionsführerin des 18. Bundestages



# BUNDESTAGSWAHL 2017

Ein Interview mit Stephan Boyens von der Alternative für Deutschland Köln (AfD)

Von Alexander Fontane und Varol Kiyar

## INHALT

- ◆ Die Alternative Deutschland
- ◆ Das Interview mit Stephan Boyens
- ◇ Europapolitik
- ◇ Wehrpflicht
- ◇ Berufliche Bildung
- ◇ Rundfunkgebühren

## Die Alternative für Deutschland

Die Alternative für Deutschland wurde 2013 in Berlin, ursprünglich als europakritische und rechtsliberale Partei gegründet. Bei der Europawahl 2014 gewann sie erstmals überregionale Mandate und zog in 13 Landesparlamente ein. Nachdem 2015 der Vorsitzende und Gründungsinitiator Bernd Lucke abgewählt wurde und sich mit einer eigenen Partei (LKR) von der AfD abspaltete, begann die Entwicklung der Partei hin zum Rechtspopulismus mit Offenheit zum Rechtsextremismus. Heute existieren völkisch-nationale, nationalistische, rassistische und antisemitische Ströme in der Partei, mit Verbindung zu neorechten Gruppierungen wie z.B. der „Identitären Bewegung“.

Als zentraler Punkt des Wahlprogrammes der Partei hat sich seit mehreren Jahren die Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesrepublik herausgestellt.



Alice Weidel und Alexander Gauland  
(Spitzenkandidaten der AfD)

Die AfD spricht sich dabei für eine massive Verschärfung des

Asylrechts aus. Die AfD fordere „klare Kriterien“ für Einwanderung, eine „Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme“ lehne man ab. Nur wer Sozialversiche-

rungsbeiträge bezahle, könne auch Nutznießer von Arbeitslosen- und Kindergeld sein. Jedoch sollte Asylsuchenden in Deutschland ein Arbeitsrecht gewährt werden.

Weitere zu hervorhebende Punkte des Parteiprogrammes sind einerseits die Forderung nach Volksabstimmung „nach Schweizer Vorbild“ bei wichtigen „das Volk betreffende“ Fragen, wie dem Bau von Minaretten in Deutschland, die deutsche Einwanderungspolitik und nicht zuletzt das Verbleiben der Bundesrepublik im Euroraum ähnlich der Volksabstimmung zum Brexit. Andererseits vertritt die Partei eine sehr konservative Familienpolitik und spricht sich deutlich für das traditionelle Familienbild von Mann und Frau aus. Sie fährt einen intensiv antifeministi-

schen Kurs und spricht sich insbesondere gegen eine Frauenquote und „political correctness“ und ihre Erscheinungen wie „Gendern“ aus. Man unterscheidet zwischen Gleichberechtigung und Gleichstellung, wobei Letzteres abgelehnt wird.



Logo der Alternative für Deutschland

Die AfD fällt durch Kampagnen wie „Stoppt den Gender-Wahn“ in den sozialen Medien auf. Nach aktuellen Umfragen (Stand 08.06.2017) wird die AfD definitiv in den Bundestag einziehen und dabei eventuell sogar drittstärkste Partei werden und damit die Opposition anführen.



# Das Interview mit Stephan Boyens



Stephan Boyens

- Wahlkreis 95 Köln III
- Listenplatz 19 Landesliste NRW zur Bundestagswahl 2017

**Fontane:** *Wollen sie sich einmal kurz vorstellen?*

Boyens: „Sehr gerne, Stephan Boyens ist mein Name, ich lebe mit Frau und drei Kindern in Köln, ich habe mich immer für Politik interessiert, war aber nie in einer politischen Partei, habe dann aber um die Jahre 2011/2011/2012 mich zunehmend über Dinge geärgert und habe dann gesagt, meckern allein hilft nicht und bin dann am 09.03.2013 Mitglied der AfD geworden. Das war damals noch eine ganz frisch gegründete Partei. Ich habe damals die wenigen Programmpunkte im Internet gelesen und dachte „jawohl genau das ist es, in die Richtung muss es gehen „da machst du jetzt mit.“

**Fontane:** *Vorher hatten sie überhaupt keine politischen Ambitionen?*

Boyens: „Nein, also ich habe mich wie gesagt für Politik interessiert. Ich habe auch durchaus mit Politik zu tun gehabt, ich war Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, das ist ein Studenten und Studierenden Werk, dass junge Menschen im Studium fördert, über Seminare, über finanzielle Förderung und ich habe da natürlich schon mit Themen wie Demokratie und politischen Themen aller Art zu tun gehabt. Aber ich war nie Mitglied einer Organisation oder Partei und insofern hatte ich auch beruflich und mit meiner Familiengründung genug zu tun gehabt und wäre da zeitlich und Mental auch gar nicht in der Lage zu gewesen.

**Fontane:** *Und jetzt tragen sie in Köln den Wahlkampf und würde dann gegebenenfalls auch in den Bundestag mit einziehen?*

Boyens: „Richtig. Wobei das halte ich für eher unwahrscheinlich, mein Listenplatz ist einer der eher hinteren, da müssten wir schon ein gigantisches Ergebnis einfahren damit ich mit in den Bundestag einziehe, aber darum geht es nicht. Es geht darum auch sein Gesicht zu zeigen, Flagge zu zeigen und zu sagen, dass einem gewisse Dinge nicht passen und, dass man eben Vorschläge hat wie man es ändern kann.

## ★★★ EUROPAPOLITIK

**Fontane:** *Ich hatte es Ihnen gerade erzählt wie vorher kommen vom Berufskolleg Ehrenfeld und arbeiten in einem internationalen Beruf, und im Ausland zu arbeiten wird in unserer Branche als sehr wichtig erachtet. Die AfD spricht in Ihrem Parteiprogramm stark Anti-Europäisch aus und ist für eine Rückkehr zu früheren Europäischen Interessengemeinschaft. Während Programme wie Erasmus und Auslandspraktika von diesem Programm der AfD negativ betroffen?*

Boyens: „Also die wären überhaupt nicht betroffen, ganz im Gegenteil auch wir sehen natürlich, dass die Welt zusammen wächst, dass wir von Austausch, vor Zusammenarbeit und Kooperation leben und insofern sind wir überhaupt nicht gegen diese Austauschprogramme. Was wir kritisieren ist eine zunehmende Zentralisierung von Aufgaben in Brüssel, die auch klar verstoßen gegen das Subsidiaritätsprinzip. Das ist ein etwas schwierig zu erklärendes Prinzip, ich sag mal jetzt so in wenigen Worten sagt es, es sollen die Probleme auf der Ebene gelöst werde, auf der sie am besten gelöst werden können. Also sprich auf kommunaler Ebene, Dinge die dort gut gelöst werden können, auf Landesebene auf staatlicher Ebene oder eben auf europäischer Ebene. Dieses Prinzip hat man über Bord geworfen, Brüssel zieht viel zu viele Kompetenzen an sich und dagegen sind wir. Wir sind auch nicht gegen Europa.—

Europa ist ja zunächst einmal nur ein Kontinent. Ein Raum in dem 500 Millionen Menschen leben. Wie kann man gegen so einen Raum sein? Das wäre ja himrissig, aber wie gesagt wir kritisieren, dass Dinge unreguliert werden in Europa und Das zu führt eben auch zu Verschwendungen von Steuergeldern.“



Stephan Boyens Fraktionstag der AfD

## ★★★ WEHRPFLICHT

**Fontane:** *Die AfD ist im Rahmen der Reformierung der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik für eine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Gerade in unserer Altersgruppe wurde ja die „Aussetzung“ der Wehrpflicht als sehr angenehm empfunden da wir so schneller und ohne Unterbrechung an unserer beruflichen Zukunft arbeiten konnten.*

*Wie sähe ein Modell für die Wehrpflicht der AfD aus? Würde das alte Konzept übernommen oder wird es überarbeitet?*

Boyens: „Also wir sehen das die Aussetzung der Wehrpflicht, sie ist ja nur ausgesetzt und nicht Abgeschafft worden, dass dies der Bundeswehr nicht gut tut in verschiedener Hinsicht. Einmal war es früher gut, dass früher auch Menschen zur Bundeswehr kamen, die der Bundeswehr gegenüber eher kritisch gegenüber standen. Das heißt wir haben dort quer durch alle Bevölkerungsschichten Menschen gehabt, eben auch kritische und

das hat der Bundeswehr durchaus gut getan. Heute droht die Bundeswehr zu einer Art Söldnertruppe zu werden wo eben nur diejenigen hingehen die entweder dort die große Perspektive sehen, Geld, oder Abenteuer wittern aber es ist nicht mehr eine Bürgerarmee.

Sie haben natürlich recht, es ist angenehm wenn man direkt nach der Schule in die nächste Ausbildungsebene gehen kann., dass ist sicher richtig, das ist für den einzelnen angenehm aber man muss sich fragen, ist das für die Gesellschaft gut? Aber ich erinnere auch dran, dass viele junge Menschen heute nach der Schule eben ein Jahr Ausland oder Work and Travel machen oder einen Freiwilligendienst. Die Bundeswehr könnte ja auch so etwas sein. Beziehungsweise wir möchten, dass es eine Art Auswahl gibt mit Bereichen wie zum Beispiel Feuerwehr oder Zivilschutz oder anderen Organisationen. Es muss also nicht der Dienst mit der Waffe sein, wir finden es aber wichtig, dass für einen Staat die jungen Menschen auch einfach einen gewissen Dienst leisten bevor sie ihre Ausbildung fortsetzen. Der kann an verschiedenen Stellen stattfinden. In diesem Sinne sehen wir das ganze.“

## ★★★ BILDUNG

**Fontane:** *Wir sind eine Berufsschule und dabei die größte in NRW. Viele von uns möchten direkt nach der Ausbildung in ihr Berufsleben starten und sind dabei mit dem allgemeinen Konsens konfrontiert, dass man „nicht wird ohne studiert zu haben“. Die AfD äußert sich in ihrem Parteiprogramm klar dazu indem sie sagt die „Berufliche Bildung“ stärken zu wollen. Inwiefern würden wir als nicht-studierte davon im Berufseinstieg profitieren?*

Boyens: „Ich halte das für eine ab-

soluten Missstand, dass sie mir jetzt quasi sagen als nicht studierter fühlt man sich als Mensch zweiter Klasse. Es ist ein absolutes Unding. Ich habe um eine persönliche Erfahrung zu teilen neulich Handwerker für eine Renovierung benötigt. Es ist schwierig überhaupt noch gute Handwerker zu finden, man kriegt zum Teil überhaupt gar keine Termine und wir haben ein Massiven Problem in Deutschland mit dieser Über-Akademisierung nenne ich es jetzt einmal. Wir meinen alles mit einem Studium oder Fachhochschulstudium versehen zu müssen. Gut ausgebildete Leute die etwas können, die handwerklich etwas drauf haben und Probleme lösen können, die sind Gold wert und wir halten diese Über-Akademisierung für eine Fehlentwicklung und möchten dahin gehen, das wir wieder zu einem vernünftigen Gleichgewicht kommen. Es nützt doch nichts wenn sie studierte Soziologen haben die sie dann später als Taxifahrer beschäftigen und gleichzeitig fehlt ihnen ein Klempner der vernünftig die Rohrleitungen anschließen kann, um es mal ganz platt auszudrücken. Auf dem Wege sind wir leider und das ist meiner Meinung nach der Ergebnis einer katastrophalen Rot-Grünen Bildungspolitik die überhaupt nicht mehr Handwerk, Ausbildung oder Duale Ausbildungen wertschätzt und gerade Leute die von der Pike auf etwas gelernt haben, gerade im Hotelfach ich kenne dass zufällig durch bekannte und Verwandte im Freundeskreis. Die Leute können unglaublich viel, die haben es eben von der Pike auf gelernt, es ist ein hartes Brot aber wenn man das eben gemacht hat, dann kann man etwas. Meine Erfahrung ist die Leute werden gesucht und mit Handkuss genommen und diese Über-Akademisierung lehnen wir eben als AfD ab.“



**Fontane:** Wie sähe da jetzt ein konkretes Maßnahmenpaket aus? Also würde man dann einfach versuchen von politischer Seite her das Ansehen der Ausbildung zu stärken oder wird da eben auch programmtechnisch etwas konkretes passieren?

**Boyens:** „Also was aus meiner Sicht passieren müsste wäre, dass man die Abschlüsse in Ihrem Wert stärkt.“

**Fontane:** Wie zum Beispiel jetzt den Meister mit einem Bachelor gleich zu setzen?

**Boyens:** „Zum Beispiel, aber dass man eben auch diese Inflationierung angeht die ja schon anfängt mit dem Thema Abitur. Heute machen ja um die 50% eines Jahrgangs das Abitur. Ganz ehrlich gesagt, die Intelligenz der deutschen Bevölkerung folgt auch einer Normalverteilung und ist nicht anders als vor 10 oder 15 Jahren. Indem wir immer mehr jungen Menschen das Abitur geben, gaukeln wir denen doch etwas vor. Die verlassen die Schule mit Abitur und meinen sie sind jetzt zu einem Studium berufen und das geht vollständig an der Lebenswirklichkeit vorbei. Eher holen die sich ein Frust-Erlebnis und scheitern, damit tut man diesen Menschen keinen gefallen, damit tut man der Wirtschaft keinen gefallen und damit tut man dem Land keinen gefallen.“

### ★★★ RUNDFUNK

**Fontane:** Velen Dank erst einmal für diese ausführliche Antwort, nächstes Thema wäre die Rundfunkgebühren als Berufseinstieger sind viele Schüler unserer Schule gerade ausgezogen oder stehen kurz davor. Als Belastung wird dabei oft der von ARD, ZDF und Deutschlandradio erhobene „Rundfunkbeitrag“ empfunden. Die AfD spricht sich für eine Abschaffung des Rundfunkbeitrages aus. Sehen sie dabei nicht das

Risiko des „Verfalls“ der Medienlandschaft zu Privatfernsehen und unseriöser Berichterstattung?

**Boyens:** „Also ich habe selber im Rahmen meiner Ausbildung ein Jahr in Amerika gelebt und habe dort selber diese privat finanzierten Radio und Fernsehsender erlebt und ich gebe Ihnen vollkommen recht das ist eine gewissen Verflachung die man dort hat. Daher sind wir auch nicht für eine komplette Abschaffung des öffentlich rechtlichen Rundfunks. Wir sind der Meinung das ein öffentlich rechtlicher Qualitätsrundfunk durchaus eine Berechtigung hat, dass der auch finanziert werden muss ist auch klar. Wir schlagen vor, dass man eben dort einen Kanal abonnieren kann da wird es sicher ganz viele Menschen geben die das tun werden und wollen. Ich würde auch dazu gehören, ein gutes Korrespondentenetz, eine gute Qualitätsberichterstattung, nicht dauerhaft unterbrochen von Werbesendungen hat einen Wert. Auch die journalistische Unabhängigkeit von irgendwelchen Konzernen die wirtschaftlichen Interessen verfolgen hat einen Wert und damit auch einen Preis. Also nochmal auch ich würde einen solchen Kanal abonnieren. Was ich aber überhaupt nicht einsehe ist die komplette Überdimensionierung unseres heutigen öffentlich rechtlichen Rundfunks. Mit zig parallelen Sendeanstalten, Internetanbietern. Ich sehe es auch überhaupt nicht ein warum ich Fußballmillionäre über meine Gebühren mitfinanzieren sollte. Das ist für mich ein klassischer Fall von Spaten-Fernsehen. Wer eben Bundesliga und andere Dinge sehen möchte, der kann sich einen Kanal abonnieren und dafür bezahlen. Das hat seinen eigenen Markt. Wir sind für die Abschaffung der heutigen GEZ Zwangsgebühren, wir sind aber nicht dafür den öffentlich rechtlichen Rundfunk komplett abzuschaffen sondern er soll zurückgeführt werden zu einem Qualitätsjournalismus der dann Abo - pflichtig geordert werden kann und ich gebe Ihnen Brief und Siegel, dass das

einen Markt haben wird.“  
**Fontane:** Also einfach weg davon das einfach ARD oder ZDF die Fußball-WM übertragen oder zum Beispiel Projekte wie FUNK bei dem die öffentlich rechtlichen Youtube Kanäle fördern die ja ein, teilweise sehr spezielles Klientel ansprechen?

**Boyens:** „Richtig. Die öffentlich rechtlichen wollen eben auch in Bereiche die die privaten gut abdecken können aktiv werden. Ich denke da gehört vieles auf den Prüfstand zum Beispiel die horrend hohen Gehälter von irgendwelchen Showmastern. Zum Beispiel Gottschalk, ich mag den aber warum musste der über Jahrzehnte vom ZDF mit horrenden Summen finanziert werden? Ist das



AfD-Spitzenpersonal (v.l.): Verteidigungs-Experte Gerald Otten, Energie-Experte Stephan Boyens, Sprecherin Frauke Petry, Gesundheits-Experte Wilhelm Esser und Sprecher Bernd Lucke

noch Teil des öffentlich rechtlichen Auftrages? Ich mache dahinter ein ganz großes Fragezeichen.“

### ★★★ SCHLUSSWORT

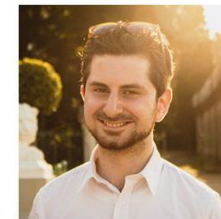
**Fontane:** Die Linke warb lange mit dem Wahlspruch „konservativ kann man später werden“. Sie sprechen jetzt viele Erstwähler an, können sie uns kurz Gründe nennen warum die AfD für junge Menschen interessant sein sollte?

**Boyens:** „Ich habe eine ähnliche Frage neulich in einer Schule gestellt bekommen und ich habe den Schülern gesagt, Ihr solltet die AfD wählen, weil ihr die Generation seid, die demnächst die katastrophalen Folgen von krassen Fehlentscheidungen nicht nur zu tragen hat sondern auch finanzieren muss. Das geht los beim Thema Rente, das geht weiter beim Thema der verrottenden Infrastruktur, das geht weiter beim Thema Eurorettung, das bauen sich gewaltige Schuldenberge auf. Nur um einmal eine Zahl zu nennen bei der Eurorettung sind es jetzt schon 900 Milliarden, das ist das dreifache das Bundeshaushaltes. Das geht weiter mit dem Thema Integration. Die Kosten der unregelmässigen Massenmigration nach Deutschland werden zukünftige Generationen zu tragen haben. Die an vielen Stellen zumindest gescheiterte Integration tritt heute schon zu tage mit ihren Problemen. All das sind Probleme die Ihr als zukünftige Steuerzahler und Bürger dieses Landes werden tragen müssen und da gilt es energisch gegen zu steuern. Deshalb mein Aufruf, die AfD zu wählen um hier ein frühzeitiges Stoppschild zu setzen. Noch können wir das Ruder rum reißen, ich

habe die Sorge, dass es in 10-15 Jahren zu spät sein kann. Ich möchte mir dann nicht vorhalten lassen „wo wart ihr damals? Was habt ihr eigentlich dagegen getan? Wie habt ihr das alles zulassen können?“

**Fontane:** Gut, vielen Dank damit wären wir auch am Ende des Fragenkatalogs angekommen, vielen Dank für Ihre Zeit und ihre Antworten. ...

- Interviewt von Alexander Fontane



**Gestaltung & Recherche:**  
Varol Klyar  
Klasse: CH715A  
Ausbildung zum HOFA



**Interviewer und Publizist:**  
Alexander Fontane  
Klasse: CH715A  
Ausbildung zum HOFA